

Eingang:

Wirtschaftsförderung Region Göttingen GmbH
Bahnhofsallee 1b

37081 Göttingen

Antrag auf „Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) im Landkreis Göttingen“

(Sollten die im Antragsvordruck vorgegebenen Felder nicht ausreichen, kann eine Anlage beigefügt werden.)

Ich/Wir beantrage(n) die Gewährung eines sachkapitalbezogenen Investitionszuschusses aus Mitteln des Landkreises Göttingen und des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung in der Förderperiode 2007 – 2013 im Rahmen der Richtlinie „Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) im Landkreis Göttingen“ in Höhe von:

Euro	Prozent der Investitionssumme
------	-------------------------------

1. Angaben zum Antragsteller

Firmenname/Rechtsform	Ansprechpartner/-in
Straße/Nr.	PLZ/Ort
Gründungsdatum	Telefon
Fax	E-Mail
Internet	BA-Betriebsnummer
Zuständiges Finanzamt	Steuernummer

- | | | |
|---|---|--|
| <input type="checkbox"/> Industrie | <input type="checkbox"/> Handwerk | <input type="checkbox"/> Baugewerbe |
| <input type="checkbox"/> Groß-/Versandhandel | <input type="checkbox"/> Import-/Exportgroßhandel | <input type="checkbox"/> Verkehrsgewerbe |
| <input type="checkbox"/> Beherbergungsgewerbe | <input type="checkbox"/> unternehmensnahe Dienstleister | <input type="checkbox"/> freiberuflich wirtschaftsnah Tätige |

2. Investitionsort (wenn nicht o.g. Adresse)

Straße/Nr.

PLZ/Ort

Befinden sich weitere Betriebsstätten des Antragstellers in derselben Gemeinde?

Nein Ja, **Wirtschaftszweig und Anschrift(en) der Betriebsstätte(n) angeben:**

PLZ/Ort

Straße/Nr.

Wirtschaftszweig

PLZ/Ort

Straße/Nr.

Wirtschaftszweig

3. Unternehmenszuordnung gem. Ifd. Nr. 2 der Förderrichtlinie

- Gehört die Betriebsstätte zu einem Unternehmen, das zu 25 % oder mehr des Kapitals oder der Stimmanteile unmittelbar im Besitz eines anderen Unternehmens bzw. einer öffentlichen Stelle oder im gemeinsamen Besitz mehrerer verbundener Unternehmen bzw. öffentlicher Stellen ist oder
- hält das Unternehmen Anteile von 25 % oder mehr an anderen Unternehmen oder
- erstellt das Unternehmen eine konsolidierte Bilanz oder ist es im Abschluss eines anderen Unternehmens enthalten oder
- bestehen Personenverflechtungen durch eine natürliche Person oder eine gemeinsam handelnde Gruppe natürlicher Personen mit anderen Unternehmen, die ganz oder teilweise in dem selben Markt oder in benachbarten Märkten tätig sind?

Nein Ja **Wenn eine oder mehrere Positionen mit ja beantwortet werden, füllen sie bitte das Formular „KMU-Prüfschema“ aus.**

Anzahl der beschäftigten Arbeitskräfte im Unternehmen

- unter 10
- 10 bis 49
- 50 bis 249
- über 249

Jahresumsatz

- unter 2 Mio. Euro
- 2 bis 10 Mio. Euro
- über 10 Mio. Euro bis 50 Mio. Euro
- über 50 Mio. Euro

Jahresbilanzsumme

- unter 2 Mio. Euro
- 2 bis 10 Mio. Euro
- über 10 Mio. Euro bis 43 Mio. Euro
- über 43 Mio. Euro

4. Beschreibung und Begründung des Vorhabens

Arbeitsplatzschaffende Investitionen:

- Errichtung einer Betriebsstätte
- Erweiterung einer Betriebsstätte
- Betriebsverlagerung mit Erweiterung
- Erwerb einer stillgelegten oder von der Stilllegung bedrohten Betriebsstätte
- Übernahme bei Ausscheiden des früheren Inhabers aus dem Erwerbsleben

Arbeitsplatzsichernde Investitionen:

- Grundlegende Änderung des Gesamtproduktionsverfahrens (Rationalisierung/Modernisierung)
- Diversifizierung der Produktion in neue, zusätzliche Produkte
- Erwerb einer bisher gemieteten Betriebsstätte innerhalb von 60 Monaten nach Erstanmietung

Bitte gehen Sie in der Begründung auf folgende Punkte ein; wenn vorhandener Platz nicht ausreicht, bitte Extra-Blatt beilegen:
Allgemeine Informationen: z.B. Firmeninhaber/Gesellschafter, Beteiligung an anderen Unternehmen, weitere Betriebsstätten

Wirtschaftliche Entwicklung: z.B. Umsatzentwicklung der vergangenen 3 Jahre und in Zukunft erwartet, Auftragslage, Kapazitätsauslastung

Geplante Investitionen: z.B. detaillierte Beschreibung der Investitionen, Erweiterungseffekt oder Rationalisierungs- bzw. Modernisierungseffekt ausführlich erläutern (z.B. Kostensenkung, verbesserte Wirtschaftlichkeit), Begründung der Notwendigkeit des Vorhabens

Innovation: z.B. Einführung eines neuen Produkts oder Produktionsprozesses

Umweltressourcen: z.B. Einsparung von Rohstoffen, Energie, Wasser etc.; bitte quantifizieren

Zukunftsaussichten: z.B. mittelfristige Investitionsauswirkungen auf wirtschaftliche u. personelle Entwicklung

Kooperationen zw. Unternehmen oder zw. Unternehmen und Hochschule/Forschungseinrichtung

5. Fertigungsprogramm oder Art der Tätigkeit	Umsatzanteil %

6. Absatzgebiet	Umsatzanteil %
Landkreis Göttingen	
Außerhalb des Landkreises Göttingen	
Davon Export	

7. Angaben zu den Dauerarbeitsplätzen (Bitte beachten Sie auch die entsprechende Anlage)					
<p>Teilzeitarbeitsplätze sind anteilmäßig zur regelmäßigen betriebsüblichen oder tariflichen Arbeitszeit eines Vollzeitarbeitsplatzes (z.B. Teilzeitarbeitsplatz 15 Stunden pro Woche/Vollzeitarbeitsplatz 40 Stunden pro Woche = 0,375) zu berücksichtigen. Die auf diese Weise für die einzelnen Teilzeitarbeitsplätze festgestellten Anteile sind zu addieren und als Summe in die Tabelle einzutragen.</p> <p>Arbeitsplätze, die sozialrechtlich wegen Geringfügigkeit nicht zur Versicherungspflicht führen (400 €-Jobs), Aushilfskräfte, Saisonkräfte, Praktikanten, Umschüler, Heimarbeiter und ABM-Kräfte sind nicht einzutragen.</p>					
Dauerarbeitsplätze vor Investitionsbeginn					
	Frauen		Männer		
	Vollzeit	Teilzeit	Vollzeit	Teilzeit	Summe
Dauerarbeitsplätze					
Ausbildungsplätze					
Dauerarbeitsplätze nach Investitionsabschluss					
Die Dauerarbeitsplätze müssen anschließend mindestens 3 Jahre besetzt sein!					
	Frauen		Männer		
	Vollzeit	Teilzeit	Vollzeit	Teilzeit	Summe
Dauerarbeitsplätze					
Ausbildungsplätze					
<p>Sind die geschaffenen zusätzlichen Dauerarbeitsplätze in besonderer Weise geeignet, Familie und Beruf zu verbinden, z.B. durch Kinderbetreuung im Betrieb, verbesserte Chancengleichheit von Frauen und Männern?</p> <p><input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, bitte begründen</p>					

8. Verlagerungsinvestition	
<p>Werden in einem sachlichen/inhaltlichen und zeitnahen Zusammenhang zu dem beantragten Vorhaben in einer anderen mit dem Unternehmen verbundenen Betriebsstätte Arbeitsplätze abgebaut?</p> <p><input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, Anzahl der abgebauten Arbeitsplätze und Anschrift der betreffenden Betriebsstätte angeben:</p>	
Abgebaute Arbeitsplätze	Anzahl:
PLZ/Ort	Straße/Nr.

9. Verdiente Abschreibungen in den letzten drei Geschäftsjahren vor Investitionsbeginn ohne Berücksichtigung von Sonderabschreibungen

Jahr	Euro	Jahr	Euro	Jahr	Euro

10. Investitionskosten

Euro (auf volle 100 Euro gerundet)

Grundstückskosten

(max. 10 % der zuschussfähigen Gesamtkosten des Vorhabens)

Erwerb einer Betriebsstätte (ohne Grundstücksanteil)

Baukosten (gem. beiliegender Kostenschätzung nach DIN 276)

Maschinen und Anlagen (gem. beiliegender Einzelaufstellung)

Einrichtungen (gem. beiliegender Einzelaufstellung)

Aktivierete immaterielle Wirtschaftsgüter (gem. beil. Einzelaufstellung)

Aktivierete Eigenleistungen (gem. beiliegender Einzelaufstellung)

Gesamtkosten ohne Vorsteuer

Absetzen von den Gesamtkosten

Euro (auf volle 100 Euro gerundet)

Erzielte bzw. erzielbare Veräußerungserlöse oder
Entschädigungsbeiträge bei Betriebsverlagerungen

Gesamtkosten ohne Vorsteuer

11. Zeitliche Durchführung des Vorhabens max. 12 Monate

Beginn

Ende

Wichtig: Vor Beginn der Maßnahme muss die schriftliche Bestätigung der grundsätzlichen Förderfähigkeit durch den Landkreis Göttingen vorliegen.

12. Finanzierung

Wichtig: Eine Kumulierung mit anderen öffentlichen Mitteln (auch Darlehen) ist ausgeschlossen!

Euro (auf volle 100 Euro gerundet)

Eigenmittel mind. 15%

Beantragter Investitionszuschuss (_____ %)

Bankkredite (gem. beiliegender Bankerklärung)

Gesellschafterdarlehen/privates Darlehen (gem. beil. Erklärung)

Gesamtfinanzierung

13. Anlagen

- Karte mit eingezeichnetem Investitionsstandort	<input type="checkbox"/> liegt bei	<input type="checkbox"/> wird nachgereicht
- Auszug aus dem Handelsregister/Gewerbeanmeldung	<input type="checkbox"/> liegt bei	<input type="checkbox"/> wird nachgereicht
- Bankerklärung	<input type="checkbox"/> liegt bei	<input type="checkbox"/> wird nachgereicht
- Detaillierter Investitionsplan	<input type="checkbox"/> liegt bei	<input type="checkbox"/> wird nachgereicht
- Soweit möglich, jeweils 3 Angebote	<input type="checkbox"/> liegt bei	<input type="checkbox"/> wird nachgereicht
- Baupläne / Lageplan 1:1000	<input type="checkbox"/> liegt bei	<input type="checkbox"/> wird nachgereicht
- Kaufvertrag	<input type="checkbox"/> liegt bei	<input type="checkbox"/> wird nachgereicht
- Bilanz einschl. G+V und Ertragsvorschau für 3 Jahre	<input type="checkbox"/> liegt bei	<input type="checkbox"/> wird nachgereicht
- Erklärung „Unternehmen in Schwierigkeiten“	<input type="checkbox"/> liegt bei	<input type="checkbox"/> wird nachgereicht
- Beruflicher Lebenslauf (nur bei Existenzgründung)	<input type="checkbox"/> liegt bei	<input type="checkbox"/> wird nachgereicht
- Bescheinigung Finanzamt bei Betriebsaufspaltung	<input type="checkbox"/> liegt bei	<input type="checkbox"/> wird nachgereicht
- Meldebogen Dauerarbeitsplätze	<input type="checkbox"/> liegt bei	<input type="checkbox"/> wird nachgereicht

14. Erklärungen

1. Ich/Wir erkläre(n) mit dem Investitionsvorhaben nicht vor Erhalt der Bestätigung der grundsätzlichen Förderfähigkeit zu beginnen. Mir/uns ist bekannt, dass unter Beginn des Vorhabens grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages verstanden wird. Mir/uns ist bekannt, dass der Grunderwerb (mit Ausnahme des Erwerbs einer stillgelegten oder von Stilllegung bedrohten Betriebsstätte) und bei Baumaßnahmen die Planung und Bodenuntersuchung nicht als Beginn des Vorhabens angesehen werden.

2. Ich/Wir erkläre(n), dass Abwasser und Abfälle, die bei den unter Ziffer 10 genannten Investitionen anfallen, ordnungsgemäß beseitigt bzw. entsorgt werden und dass sich die gegebenenfalls entstehenden Luftverunreinigungen in den zulässigen Grenzen halten werden.

3. Mir/Uns ist von der Bewilligungsbehörde bekannt gemacht worden, dass folgende in diesem Antrag anzugebenden Tatsachen subventionserheblich im Sinne § 264 des Strafgesetzbuches (StGB) sind und das Subventionsbetrug nach dieser Vorschrift strafbar ist:

3.1 Angaben zum Antragsteller, Rechtsform und steuer- bzw. gesellschaftsrechtliche Verhältnisse (Ziffer 1)

3.2 Investitionsort und weitere Betriebsstätten (Ziffer 2)

3.3 Beteiligungsverhältnisse, Angaben zur Anzahl der Beschäftigten, zum Jahresumsatz, zur Jahresbilanz (Ziffer 3)

3.4 Angaben zum Investitionsvorhaben soweit sie als Tatsachen bereits heute sicher feststehen (Ziffer 4)

3.5 Fertigungsprogramm oder Art der Tätigkeit (Ziffer 5)

3.6 Absatzgebiet (Ziffer 6)

3.7 Anzahl der vorhandenen Dauerarbeitsplätze (Ziffer 7)

3.8 Angaben zu Verlagerungsinvestitionen (Ziffer 8)

3.9 Abschreibungen in den letzten drei Jahren (Ziffer 9)

3.10 Beginn des Vorhabens (Ziffer 11)

3.11 Angaben zum Erwerb von Grundstücken, Betriebsstätten sowie zum Kaufpreis (Ziffer 10)

3.12 Angaben zu anderen öffentlichen Finanzierungshilfen (Ziffer 12)

Mir/Uns ist weiterhin § 4 des Subventionsgesetzes vom 29. Juli 1976 (BGBl I S. 2037) bekannt, wonach insbesondere Scheingeschäfte und Scheinhandlungen für die Bewilligung, Gewährung oder Rückforderung und Weitergewährung oder das Belassen einer Subvention oder eines Subventionsvorteils unerheblich sind. Das bedeutet, dass für die Beurteilung der tatsächlich gewollte Sachverhalt maßgeblich ist.

4. Mir/Uns sind die nach § 3 des Subventionsgesetzes bestehenden Mitteilungsverpflichtungen bekannt, insbesondere werde(n) ich/wir **jede Abweichung von den vorstehenden Angaben unverzüglich der die Bewilligung erteilende Behörde mitteilen.**

5. Mir/Uns ist bekannt, dass sich der Europäische Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) an der beantragten Finanzierungshilfe beteiligt und dass die Verordnung (EG) 1083/2006 des Rates vom 11. Juli 2006, Amtsblatt der EG Nr. L 210/25 vom 31. Juli 2006, in Verbindung mit der Verordnung (EG) 1080/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juli 2006, Amtsblatt der EG Nr. L 210/1 vom 31. Juli 2006 Anwendung findet.

Nach Art. 72 der Verordnung (EG) Nr. 1028/2006 vom 11. Juli 2006, Amtsblatt der EG L 210/25 vom 31. Juli 2006, vergewissert sich die Kommission, dass in den Mitgliedstaaten Verwaltungs- und Kontrollsysteme vorhanden sind und einwandfrei funktionieren, sodass eine effiziente und ordnungsgemäße Verwendung der Gemeinschaftsmittel sichergestellt ist. Zu diesem Zweck können – unbeschadet der von den Mitgliedstaaten gemäß den einzelstaatlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften durchgeführten Kontrollen – Beamte oder Bedienstete der Kommission vor Ort die Operationen, die aus dem Fonds finanziert werden, und die Verwaltungs- und Kontrollsysteme unter anderem im Stichprobenverfahren kontrollieren (**Vor-Ort-Kontrollen**). Nach Art. 69 der Verordnung (EG) 1083/2006 hat die für eine Intervention zuständige Verwaltungsbehörde für die Publizität der Intervention zu sorgen.

6. Mir/Uns ist bekannt, dass wenn ich/wir die Finanzierung annehme(n), zugleich der Veröffentlichung meiner/unserer Förderdaten nach Art. 6 in Verbindung mit Art. 7 Abs. 2 Buchstabe d der Verordnung (EG) Nr. 1828/2006 vom 08.12.2006, Amtsblatt der EG L 371/1 vom 27.12.2006 zustimme(n) und diese Daten zur Veröffentlichung nach EU-Regeln zur Verfügung stelle(n).

7. Hiermit erkläre(n) ich/wir, für dieses Vorhaben keine Förderung aus anderen Richtlinien des Landes beantragt zu haben bzw. zukünftig zu beantragen (Ausschluss von Doppelförderungen).

Ort/Datum

Unterschrift/Stempel (ggf. Betriebsgesellschaft)

Sofern eine Betriebsaufspaltung, eine Mitunternehmerschaft oder ein Organschaftsverhältnis vorliegt, ist der Antrag auch von der anderen Gesellschaft rechtsverbindlich zu unterzeichnen (vgl. Ziffer 1 der Erläuterungen).

Ort/Datum

Unterschrift/Stempel (ggf. Besitzgesellschaft, Investor)

Einwilligungserklärung zur Datenverarbeitung und Auskunfterteilung

Ich bin/Wir sind damit einverstanden, dass alle in diesem Antrag enthaltenen persönlichen und sachlichen Daten beim Landkreis Göttingen zum Zwecke der Antragsbearbeitung, Subventionsverwaltung und statistischen Auswertung auf Datenträgern erfasst und verarbeitet werden. Der Landkreis Göttingen ist berechtigt, diese Daten ebenso wie die Entscheidung über diesen Antrag einschl. der Entscheidungsgründe allen an der Finanzierung und der fachlichen Beurteilung dieses Vorhabens beteiligten öffentlichen Stellen einschl. den Hauptverwaltungsbeamten des Investitionsortes in der Bundesrepublik Deutschland und den für die Verwaltungs- und Kontrollsysteme der Strukturfonds zuständigen Dienststellen der EU-Kommission zur Verfügung zu stellen.

Die Einwilligung bezieht sich ausdrücklich auch auf die Erfassung, Speicherung und Verwendung der nach Beendigung des Investitionsvorhabens zur Verwendungsnachweiskontrolle erforderlichen persönlichen und sachlichen Daten.

Ort/Datum

Unterschrift/Stempel (ggf. Betriebsgesellschaft/Nutzer)

Erklärung zu den Beteiligungsverhältnissen bei kleinen und mittleren Unternehmen

Ich/Wir gehe(n) aufgrund der Kapitalstreuung nach bestem Wissen davon aus, dass die Betriebsstätte zu einem Unternehmen gehört, das nicht zu 25 % oder mehr unmittelbar im Besitz eines anderen Unternehmens bzw. einer öffentlichen Stelle oder im gemeinsamen Beseitz mehrerer Unternehmen bzw. öffentlicher Stellen ist. Mir/Uns ist bekannt, dass maßgeblich für die Beurteilung, ob ein kleines oder mittleres Unternehmen vorliegt, der Zeitpunkt der Entscheidung der Behörde über die Förderung ist. Da sich die Angaben in Ziffer 1 auf den heutigen Zeitpunkt beziehen, sichere ich/sichern wir hiermit zu, sämtliche Veränderungen in Bezug auf den in der Ziffer 3 abgefragten Sachverhalt unverzüglich dem Landkreis Göttingen schriftlich mitzuteilen.

Ort/Datum

Unterschrift/Stempel (ggf. Betriebsgesellschaft/Nutzer)

Erklärung zum Ausschluß der Doppelförderung

Ich/ Wir habe/ haben den Ausschluss der Doppelförderung und des Kumulierungsverbots zur Kenntnis genommen. Mir/ Uns ist bekannt, dass eine Vorfinanzierung des Zuschussbetrages aus dem Niedersachsenkredit und/ oder die Kumulierung der Förderung aus anderen Landesrichtlinien unzulässig und subventionserheblich ist.

- Die Beantragung eines Niedersachsenkredits ist beabsichtigt/erfolgt
 Die Beantragung eines Niedersachsenkredits ist nicht beabsichtigt/erfolgt.

Ort/Datum

Unterschrift/Stempel (ggf. Betriebsgesellschaft/Nutzer)

15. Erläuterungen zu den Ziffern im Antragsformular

1. Auf einem Antragsvordruck kann der Antragsteller die Gewährung öffentlicher Finanzierungshilfen nur für **ein** Vorhaben in einer Betriebsstätte beantragen. Bei Investitionsvorhaben, die sich auf mehrere Betriebsstätten erstrecken, müssen getrennte Anträge gestellt werden. Dies gilt nicht, wenn die Betriebsstätten eines Gewerbebetriebes des Steuerpflichtigen innerhalb derselben politischen Gemeinde liegen.

Der Antragsteller kann sich vertreten lassen. Nach § 14 Abs. 5 des Verwaltungsverfahrensgesetzes i.V. mit dem Rechtsberatungsgesetz sind jedoch Bevollmächtigte und Beistände zurückzuweisen, wenn sie geschäftsmäßig fremde Rechtsangelegenheiten besorgen, ohne dazu befugt zu sein.

Der Antrag ist vor Beginn des Investitionsvorhabens zu stellen. Als Datum der Antragstellung gilt der Eingangsstempel des Landkreises Göttingen. **Mit dem Investitionsvorhaben kann nicht vor Erhalt der Bestätigung der grundsätzlichen Förderfähigkeit begonnen werden.**

Beginn des Investitionsvorhabens ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages. Bei Baumaßnahmen gelten Planung, Bodenuntersuchung und Grunderwerb (mit Ausnahme des Erwerbs einer stillgelegten oder von der Stilllegung bedrohten Betriebsstätte) nicht als Beginn des Vorhabens.

Der Investor kann seinen Antrag nur beim Landkreis Göttingen einreichen.

Im Falle einer **Betriebsaufspaltung**, einer Mitunternehmerschaft oder einer Organschaft ist der Antrag neben dem Antragsteller auch von den Beteiligten zu unterzeichnen. Im Falle einer Betriebsaufspaltung oder einer Mitunternehmerschaft ist eine **Bescheinigung des Finanzamtes vorzulegen**.

Maßgeblich ist die Situation im Zeitpunkt der Entscheidung der Behörde über die Bewilligung einer Förderung; Änderungen sind daher der zuständigen Behörde mitzuteilen.

3. Sofern das Unternehmen zu 25 % oder mehr des Kapitals oder der Stimmanteile im Besitz eines anderen oder mehrerer Unternehmen oder Unternehmer steht, ist vom Antragsteller anzugeben, ob die beteiligten Unternehmen oder Unternehmer öffentliche Beteiligungsgesellschaften, Risikokapitalgesellschaften oder institutionelle Anleger sind. Handelt es sich bei den Unternehmen oder Unternehmern um öffentliche Beteiligungsgesellschaften, Risikokapitalgesellschaften oder institutionelle Anleger, ist auch anzugeben, ob die beteiligten Unternehmen oder Unternehmer einzeln oder aber gemeinsam Kontrolle über das Unternehmen ausüben.

Ist aufgrund der Kapitalstreuung nicht zu ermitteln, wer die Anteile hält, ist durch den Antragsteller die auf Seite 8 aufgeführte Erklärung abzugeben.

4. Eine nähere Beschreibung und Begründung des Investitionsvorhabens ist erforderlich, um den Sachverhalt möglichst zeitnah beurteilen zu können.

7. Hat der Antragsteller mehrere Betriebsstätten desselben Gewerbebetriebes in derselben Gemeinde, so ist für alle diese Betriebsstätten die Zahl der bisher schon vorhandenen und besetzten Dauerarbeitsplätze anzugeben und dann die Zahl der in allen diesen Betriebsstätten nach Abschluss des zu fördernden Investitionsvorhabens vorhandenen und besetzten Dauerarbeitsplätze gegenüberzustellen.

Bei Mehrschichtbetrieben ist die Zahl der Dauerarbeitsplätze grundsätzlich mit der Zahl der entsprechenden Arbeitskräfte gleichzusetzen.

10. Die Angaben zu den Investitionskosten stellen eine notwendige Konkretisierung des Investitionsvorhabens dar und ergänzen insoweit Ziffer 4 (Beschreibung und Begründung des Investitionsvorhabens). Es handelt sich um Plandaten. Änderungen des Investitionsplanes müssen vorher beantragt werden.

Ersatzbeschaffungen werden nicht gefördert. Eine Ersatzbeschaffung liegt nicht vor, wenn das neu angeschaffte oder hergestellte Wirtschaftsgut wegen seiner technischen Überlegenheit oder rationelleren Arbeitsweise für den Betrieb eine wesentlich andere Bedeutung hat als das ausgeschiedene Wirtschaftsgut.

Von den förderfähigen Kosten sind **Fahrzeuge** ausgenommen, die im Straßenverkehr zugelassen sind und primär dem Transport dienen (beispielsweise Pkw, Kombifahrzeuge, Lkw, Omnibusse, aber auch Luftfahrzeuge, Schiffe, Schienenfahrzeuge).

Ebenfalls nicht förderungsfähig sind **geleaste** und **geringwertige** Wirtschaftsgüter.

Gebrauchte Wirtschaftsgüter können nur in den nachstehenden Fällen gefördert werden: Übernahme einer stillgelegten oder aus wirtschaftlichen Gründen von der Stilllegung bedrohten Betriebsstätte oder das erwerbende Unternehmen befindet sich noch in der Gründungsphase (bis 60 Monate nach der Existenzgründung) oder Erwerb einer bisher gemieteten Betriebsstätte innerhalb von 60 Monaten nach Erstanmietung.

Es sind nicht nur die tatsächlichen **Veräußerungserlöse** anzugeben, sondern auch diejenigen Veräußerungserlöse, die erzielbar wären; zu belegen durch ein Gutachten eines vereidigten Sachverständigen.

Entschädigungsbeiträge können beispielsweise nach Baugesetzbuch oder aus restitutionrechtlichen Gründen entstehen. Bei der Ausweisung sind alle im Zusammenhang mit der Betriebsverlagerung erhaltenen Entschädigungsbeträge anzugeben. Hat der Investor zum Zeitpunkt der Antragstellung noch keine Entschädigung erhalten, so hat er die voraussichtlichen Entschädigungsansprüche im Zusammenhang mit der Betriebsverlagerung aufzuführen.

Immaterielle Wirtschaftsgüter sind u.a.: EDV-Software, Patente, Betriebslizenzen oder patentierte technische Kenntnisse sowie nicht patentierte technische Kenntnisse.

12. Die Förderpräferenzen orientieren sich an den von der EU vorgegebenen Obergrenzen. Insofern besteht **kein** Raum für die Inanspruchnahme weiterer öffentlicher Mittel. Sollten zusätzliche öffentliche Mittel eingesetzt werden, wird der beantragte Zuschuss verweigert bzw. der gewährte Zuschuss in voller Höhe zurückgefordert.